

Bundes- und Europapolitik

Mitgliederinformation

Durch den Ukraine-Krieg blieben viele andere politische Ereignisse und aktuelle Themen weitgehend unbeachtet. Wir greifen einige davon heute auf. Hubert Aiwanger konnte in Bayern einen politischen Erfolg erzielen, den anschließend die Medien eher der CSU zuschrieben. Die Selbstgefälligkeit von Luisa Neubauer und die Willfährigkeit der Medien sind ein weiteres Thema. Eine interessante Statistik veröffentlichte die Bundesregierung zu möglichen Nebenwirkungen der Corona-Impfungen. Auch auf europäischer Ebene gibt es einige aktuelle Entscheidungen mit direkten Auswirkungen für die Bürger.

- 1) Ärgerlich: CSU erntet Applaus für Vorstoß Aiwangers zur Windkraft
- 2) Ukraine & Ostermarschierer: „Pazifismus auf Kosten anderer ist zynisch“
- 3) Was tun im Zeitalter der Milieumedien?
- 4) Regierung gibt Auskunft über mögliche Todesfälle nach Corona-Impfung
- 5) Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt bisher ohne Resonanz
- 6) EU-Reformer treiben europäischen Integrationsprozess voran
- 7) Roaming weiter ohne Zusatzkosten
- 8) Kommission diskutiert Wahlrechtsreform für den Bundestag



NR. 10, 2. MAI 2022

Bernd Barutta

FW Landesvereinigung Baden-Württemberg



Ärgerlich: CSU erntet medial Applaus für Vorstoß Aiwangers zur Windkraft Erfolg für FREIE WÄHLER / Medien vermitteln Söder & Co als Innovationskräfte

Im Normalfall sind landesspezifische Themen nicht Teil dieser Mitgliederinfo. Doch Regierungserfolge unserer bayerischen **FREIEN WÄHLER** können wir ruhigen Gewissens in den Vordergrund stellen, vor allem dann, wenn in den Medien der Eindruck entsteht, der Koalitionspartner sei die treibende Kraft.

Seit Jahren versucht **Hubert Aiwanger**, den Ausbau der Windkraft in Bayern voranzutreiben, doch die **CSU-Landtagsfraktion blockierte** bis Ende April alle entsprechenden Vorstöße der FREIEN WÄHLER und wollte keiner Änderung der bestehenden **10 H – Regelung** (d.h. Windräder müssen einen Mindestabstand zur Wohnbebauung von der zehnfachen Höhe des Windrades haben) zustimmen.

Das Werben Hubert Aiwangers zeigt jetzt Erfolg. Nach einem persönlichen Auftritt in der CSU-Landtagsfraktion und mit **Billigung Söders** stimmten die CSU-Abgeordneten nach einer **viereinhalbstündigen (!) Diskussion** bei fünf Gegenstimmen einer Änderung des bestehenden Gesetzes zu. Ein klimapolitischer Erfolg unserer Partei. 800 neue Windräder sollen schnellstmöglich in unserem Nachbarland gebaut werden. Söder schickte Aiwanger vor, um nicht selbst vor der Fraktion die Änderung einzufordern.

Gleichsam kam die Koalition überein, gegen die Politik der Bundesregierung vorzugehen, die die **Förderung kleiner Wasserkraftwerke** einstellen möchte. Für Bayern **eine Katastrophe**, weil hier besonders viele Kraftwerke (rund 3.500) mit bis zu 500 KW Leistung existieren.

Die bayerische Regierung möchte den Schulterchluss mit Baden-Württemberg suchen. Das grün regierte Bundesland ist aber kein verlässlicher Partner in Sachen Energiewende. Bei der Windkraft liegt Baden-Württemberg mit Abstand am Ende des bundesdeutschen Rankings. Wo grün drauf steht, ist noch lange kein grün drin. Abänderung schaffen nur die **FREIEN WÄHLER**.

Quellen: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-04/windenergie-bayern-csu-abstand-windraeder>, <https://www.bayern.de/bericht-aus-der-kabinettsitzung-vom-26-april-022/?seite=2453>
<https://www.energiezukunft.eu/erneuerbare-energien/wasser/bangen-um-die-kleine-wasserkraft/>

Ukraine & Ostermarschierer: „Pazifismus auf Kosten anderer ist zynisch“

Ukraine-Konflikt: Traditionelle Forderungen der Friedensbewegung ernten herbe Kritik

Viel Aufmerksamkeit erhielten über die Osterfeiertage die **Ostermärsche**, bei denen die Teilnehmer mit großer Mehrheit die neue geopolitische Lage und **das Leid vielfach ausblendeten**. Täglich durften sich Teilnehmer zur besten Sendezeit im Fernsehen mit ihren Forderungen nach einem **Verzicht auf Waffenzulieferungen** an die Ukraine und der Idee, durch Diplomatie eine Friedenslösung herbeizuführen, artikulieren. Auf **tagesschau.de** wurde ein Sprecher des Netzwerks der Ostermärsche zitiert: "Der Krieg in der Ukraine hat über die Ostertage viele Menschen auf die Straßen getrieben, die nicht ohnmächtig die Nachrichten verfolgen möchten, sondern sich aktiv gegen den Krieg, für diplomatische Lösungen und gegen Aufrüstung engagieren wollen". In der **taz** erklärte eine Sprecherin

der Ostermarsch-Koordinatoren, dass **russische Fahnen erlaubt** seien, Plakate mit Aufschriften wie „Putin der Aggressor“ dagegen nicht.

Für den Bonner Politikwissenschaftler **Andreas Heinemann-Gründer** ist diese Einstellung – wie er in **HR-Info** ausführte - **ohne intellektuelles Niveau**. Er brachte es auf den Punkt: Die Forderung der meisten Ostermärsche „kann eigentlich **moralisch von niemanden** der außenstehend ist, erhoben werden“. Und weiter: „Den Preis eines Diktatfriedens oder ... eines **Terrorfriedens** hätten letztlich die Ukrainer und nicht die deutschen Ostermärschler zu tragen.“

Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse erklärte, das Motto "Frieden schaffen ohne Waffen" sei aktuell eine Arroganz gegenüber den Menschen in der Ukraine. "**Pazifismus auf Kosten anderer ist zynisch**", sagte er dem **Bayerischen Rundfunk**. Dieser Kritik können sich die FREIEN WÄHLER nur anschließen.

Quellen: <https://www.hr-inforadio.de/podcast/das-thema/ukraine-update-vom-2604.podcast-episode-101480.html>; <https://www.tagesschau.de/inland/ostermaersche-bilanz-1-1.html>, <https://taz.de/Ostermaersche-in-Berlin/!5844922/>

Was tun im Zeitalter der Milieumedien?

Kritik an *Tagesschau* befeuert Debatte über Ausrichtung deutscher Medien

Die Ikone der deutschen *Fridays for Future*-Proteste, **Luisa Neubauer**, wollte es nicht verstehen: Die Tagesschau hatte es gewagt, nicht über den Bericht des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) zu berichten. Auf Twitter empört sich die 25jährige: „Der bahnbrechende Bericht, der aufzeigt, wie unwahrscheinlich es ist, dass wir als Menschheit noch halbwegs gesammelt aus der Klimakrise raus kommen & erklärt, was wir tun müssen, damit das doch noch passiert, kriegt **keine Minute** in der **Tagesschau**. Es macht **sprachlos**.“

Doch das **Sprachrohr aus der Reemtsma-Familie** brauchte sich keine Sorgen machen. Ihre Klima-Bewegung kann mit dem **Wohlwollen** der öffentlich-rechtlichen Medien weiter rechnen. Der Tweet blieb daher nicht ohne Folgen. **Das Erste** bot Neubauer ein eigenes Forum und sie konnte ihre Sicht der Dinge in einem "Bericht aus Berlin extra" mit Moderation von **Tina Hassel**, Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios, ausgiebig und **nicht kritisch hinterfragt** einem Millionenpublikum darlegen.

Die freundliche mediale Haltung nicht nur gegenüber grünen und linken Positionen, sondern auch gegenüber deren Repräsentanten wird offensichtlicher und selbst in **Leserbriefkreisen** bereits kritisch wahrgenommen. Die **Rhein-Neckar-Zeitung** veröffentlicht ein Statement eines Walldorfer Lesers, der zu Diskussionen um die skandalträchtige **Anne Spiegel** feststellt: Eine „erstaunlich unkritische Nähe großer Medien zur Politik der Grünen, deren Schlechtleistungen gerne weichgezeichnet werden.“

Sarah Wagenknecht, führende orthodoxe Linke, lässt auch **kein gutes Haar** an der deutschen Medienlandschaft. Aus ihrer Sicht dominiert eine akademische Mittelschicht die Gesellschaft, welche die Schlüsselstellen in Medien und Politik besetzen. Diese stark homogene Gruppe, Lifestyle-Linke genannt, sei in nahezu allen westlichen Ländern zu öffentlichen Meinungsführern geworden. Sie stehen für ein Milieu, dass sich um sexuelle Orientierung, Minderheiten, Diversity, Migranten,

Umweltthemen und die privilegierten Mittelschichten kümmert. Der modernen Links-Liberalismus blendet bewusst andere Meinungen und Erörterungen aus. Wagenknecht schreibt: „Die linksliberale Erzählung ist die **Erzählung eines Milieus**, sie entspricht seiner Lebenswelt und seinem Lebensgefühl, aber sie formt und strukturiert es auch.“ Formen und Strukturieren bedeuten folglich auch, dass die Themen die **öffentliche Meinung dominieren**, die dem „Meinungs- und Lebensstil von Softwareprogrammierern, Marketingfachleuten, von Journalisten und höheren Beamten in den **urbanen Akademikermilieus**“ entsprechen. Andere Meinungen haben es schwer, dort Gehör zu finden.

Die Medienberichterstattung zeigt: Eine außerparlamentarische Stimme, die dem in vielen Medien gepflegten Milieujournalismus entgegensteht, hat keine Chance, Gehör zu finden. Diese **Blockade** schadet auch massiv den **FREIEN WÄHLERN**. Ändern lässt sich dies nur durch den Einzug in Parlamente, wenn die Presse gezwungen ist, darüber zu berichten. Ein **Wandel der Meinungshoheit** dauert Jahrzehnte – darauf können wir nicht hoffen.

Quellen: <https://twitter.com/luisamneubauer/status/1511291157694853124>, <https://www.youtube.com/watch?v=4tlgwJDvqZg>, Rhein-Neckar-Zeitung vom 16. April 2022; Sarah Wagenknecht, *Die Selbstgerechten*, Frankfurt 2021,

Regierung gibt Auskunft über mögliche Todesfälle nach Corona-Impfung Unterschiede bei den Impfstoffen / Moderna und Novavax ohne Verdachtsfall

Ende 2021 spekulierte der **Südwestrundfunk (SWR)** über die mögliche Anzahl von Todesfällen, die unmittelbar auf eine Impfung mit einem Impfstoff gegen das Corona-Virus zurückzuführen seien. Nach Angaben des Senders vermutete das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) bis Ende November 2021 bei 1.919 Verdachtsfällen 78 Todesfälle.

Genauere Daten legte jetzt die **Bundesregierung** dem Bundestag vor. Demnach hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung bisher nach der in Deutschland verabreichten Gesamtzahl von etwa **172 Millionen** Impfungen bei 112 Personen der **Verdacht einer Nebenwirkung** mit tödlichem Ausgang ergeben. In diesen **112 Fällen (0,00065 Prozent)** bewertet das PEI einen Zusammenhang gemäß den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation (www.who.int/publications/i/item/978924151699-) mit einer COVID-19-Impfung als konsistent.

Ausgewertet wurde der Zeitraum von Beginn der Impfkampagne am 27. Dezember 2020 bis zum 28. März 2022. Meldungen über den Verdacht einer Nebenwirkung mit tödlichem Ausgang bezogen sich den Angaben zufolge in **75 Fällen** auf den Corona-Impfstoff von **AstraZeneca (Vaxzevria)**, in **20 Fällen** auf den Impfstoff von **Biontech/Pfizer (Comirnaty)** und in **17 Fällen** auf den Impfstoff von **Johnson & Johnson (Vaccine Janssen)**. Für die Corona-Impfstoffe von **Moderna (Spikevax)** und Novavax (Nuvaxovid) gab es **keinen** vom PEI als konsistent bewerteten **Verdachtsfall** einer Nebenwirkung mit tödlichem Ausgang.

Bestätigte Verdachtsfälle einer tödlichen Impf-Nebenwirkung			
Kalenderwoche	Impfstoff		
	AstraZeneca	Biontech	Johnson & Johnson
Jahr 2-21 KW			
6	-	2	
7	2	-	
8	-	1	
9	5	-	
1	2	-	
11	7	-	
12	8	1	
13	1	-	
14	4	-	
15	6	1	
16	5	-	
17	6	-	
19	8	-	
20	-	1	
21	5	1	
22	1	-	5
23	1	-	-
24	3	1	1
25	-	1	1
27	2	1	1
29	-	1	-
30	-	1	-
32	1	1	1
33	1	-	1
34	-	1	1
35	-	-	1
36	-	-	1
41	-	-	1
42	1	1	-
43	-	-	1
47	2	-	-
49	-	1	-
50	1	1	1
51	-	1	-
Ab 2-22 KW			
2	-	1	1
4	-	1	-
6	1	-	-
7	1	-	-
9	1	-	-
GESAMTSUMME	75	20	17

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/014/2001421.pdf>, <https://www.swr.de/wissen/corona-impftote-warum-der-umgang-mit-den-zahlen-schwierig-ist-100.html>

Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt bisher ohne Resonanz

Versicherungsbranche bietet keine Produkte an / Versichertenvertreter verärgert

Seit dem 22. März 2022 existiert ein **EU-weites Altersversorgungsprodukt** auf freiwilliger Basis. Der vielversprechende Name: Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP). Damit wird der Weg für ein neues EU-weites Altersvorsorgeprodukt auf freiwilliger Basis geebnet, in dessen Rahmen Bürgerinnen und Bürger auf ihren Ruhestand hin sparen können und das von einem breiten Spektrum von Finanzunternehmen in der gesamten EU bereitgestellt werden kann.

Vollmundig schreibt die Kommission, das PEPP sei ein wichtiger Teil des Aktionsplans der Kommission zur Stärkung der Kapitalmarktunion und wird als **Ergänzung** der öffentlichen und betrieblichen Rentensysteme - neben den bestehenden privaten Rentensystemen auf nationaler Ebene - zur Verfügung stehen. Die Kommission **lobt** ihr eigenes **Produkt**. Unter anderem sorgt es für einen stärkeren Wettbewerb bei der privaten Altersvorsorge und die Bürger profitierten von einer transparenteren und flexibleren Produktpalette.

Große Begeisterung löst das Produkt bisher **nicht** aus. Das Anlagemagazin **FONDS professionell ONLINE** titelt zum Start des Programms: „Europa-Rente startet bald, doch **Anbieter gibt es keine**“. Für das Magazin gibt es dafür auch einen Grund: Versicherer, Vermögensverwalter und deren Vertrieb hätten das Produkt intern bereits **als unrentabel gebrandmarkt**. In der Standard-Variante ("Basis-Pepp") gibt es einen Kostendeckel von einem Prozent des pro Jahr angesparten Kapitals. Der klassische Maklervertrieb dürfte das Produkt daher momentan kaum ins Herz schließen, genauso wenig wie der Bankvertrieb. Für **Axel Kleinlein**, Vorstandssprecher des Bundes der Versicherten (BdV), **boycottiert** die Versicherungswirtschaft das neue Produkt, weil es **rigide Vorgaben zur Kostenkontrolle** und Transparenz macht. Er sieht bei PEPP mehr **Vorteile** für den **Verbraucher**.

Abschreiben möchte das Anlagemagazin das **neue Produkt** allerdings **nicht**. Laut EU-Kommission hätten derzeit nur 27 Prozent der EU-Bürger zwischen 25 und 59 Jahren eine private Pensionsvorsorge. Anbieter könnten mit Pepp-Produkten bei Zielgruppen andocken, die erst am Beginn ihrer finanziellen Möglichkeiten stehen – etwa bei Studenten. Im Kern ist PEPP ein weiterer Schritt hin zu einer **Sozialunion**, die von den **FREIEN WÄHLER** kritisch gesehen wird.

Quellen: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1941,
<https://www.fondsprofessionell.de/versicherungen/news/headline/europa-rente-startet-bald-doch-anbieter-gibt-es-keine-214168/>, <https://www.pfefferminzia.de/unfaehig-akzeptable-tarife-aufzulegen-kleinlein-lastet-pepp-fehlstart-deutschen-versicherern-an/>

EU-Reformer treiben europäischen Integrationsprozess voran

Manfred Weber (CSU) in vorderster Front / Souveränität der Staaten auf dem Rückzug

Es ist ein schleichender und wahrscheinlich **unumkehrbarer Schritt**. Der Verlust der Souveränität der Staaten der Europäischen Union hin zu den Vereinigten Staaten von Europa schreitet voran. Und ein

deutscher Konservativer ist eine der treibenden Kräfte: **Manfred Weber von der CSU**. Er ist einer der Protagonisten, die die Einberufung eines **Europäischen Konvents** aus Vertretern der Staats- und Regierungschefs sowie Abgeordneten des Europaparlaments fordern, der weitreichende Vertragsveränderungen bis hin zu einer **europäischen Verfassung** verabschieden soll.

Eindeutig ist, dass immer mehr **Kompetenzen auf die Bürokratie** in Brüssel und die Abgeordneten in Straßburg übertragen werden sollen. Kommt es dazu, wird Deutschland in vielen weiteren Bereichen seine eigenen Angelegenheiten nicht mehr regeln können. Sollten die EU-Enthusiasten ihre Vorstellungen umsetzen, droht Deutschland vor allem weiterer **finanzieller Schaden**: Europäische Investitionsprogramme werden dann nicht mehr nur zum Ausnahmefall durch **gemeinsame Schulden**, für die alle Mitgliedsstaaten haften, sondern sie werden zur Regel. Weber wie andere hoffen, dass der wiedergewählte **Präsident Macron** den Vorsitz Frankreichs im Europäischen Rat dazu nutzt, bereits im Juni 2022 den Konvent einzuberufen.

Parallel dazu startet ein neuer Versuch, die **Bankenunion** zu vollenden. Am 3. Mai treffen sich die Finanzminister der Eurogruppe zu einer Sondersitzung. Eine wichtige Säule der Bankenunion ist eine gemeinsame, somit **vergemeinschaftete Einlagensicherung**. Im Ergebnis – wie schon häufiger berichtet – läuft dies darauf hinaus, dass deutsche Sparer auch für marode Banken in anderen Eurogruppenländern haften. Die Volks- und Raiffeisenbanken ebenso wie die Sparkassen lehnen diese Idee weiterhin ab.

Die Bundesregierung kann sich inzwischen eine europäische Einlagensicherung vorstellen. Noch besteht die deutsche Regierung dabei darauf, eine neue Risikobewertung von Staatsanleihen einzuführen. Die Südeuropäer, vor allem Frankreich, Griechenland und Italien möchten gerade das verhindern. Somit besteht für die deutschen Institute noch **Hoffnung**, dass es zur gemeinsamen Einlagensicherung nicht kommt. Womöglich wird die Forderung Deutschlands aber aufgegeben, die Bankenrisiken in Europa zu senken. Die Regierung könnte nach der **Wiederwahl Macrons** und dessen Programm für „mehr Europa“ einknicken. Der **Elyseé Palast** wirft der **Bundesregierung** schon seit Jahren vor, den europäischen **Integrationsprozess** eher zu **bremsten**. Muss Kanzler Scholz am Ende etwas liefern, um nicht als Verhinderer weiterer europäischer Integration zu gelten? Zumal nach den Wahlen in **Tschechien und Slowenien** zusätzlich europafreundliche Regierungschefs ins Amt gewählt wurden.

Quellen: <https://www.euractiv.de/section/all/news/macrons-wiederwahl-koennte-deutschlands-einfluss-in-europa-verringern/>, <https://www.dw.com/de/meinung-emmanuel-macrons-wahlsieg-eine-chance-f%C3%BCr-europa/a-61576985>, FAZ vom 26. April 2022: Die Bankenunion droht zu scheitern, FAZ vom 29. April 2022, Auf dem Weg zum Verfassungskonvent?

Roaming weiter ohne Zusatzkosten

EU verlängert Regelung bis 2032 / Weitere Telefonkosten sollen sinken

Das Smartphone kann auf Reisen weiterhin innerhalb der EU genutzt werden, **ohne** dass **Zusatzgebühren** für Telefonie, SMS oder mobile Internetnutzung anfallen. Das EU-Parlament hat Ende März die Nutzung des Handys im Ausland ohne zusätzlich Roaming-Kosten um **zehn Jahre verlängert**.

Außerdem haben sie im Ausland Anspruch auf die gleiche Qualität und Geschwindigkeit der Mobilfunkverbindung wie im Inland.

Während der Gespräche mit den Vertretern der Mitgliedstaaten drängten die Abgeordneten ebenso auf ein Ende der Aufschläge für Anrufe innerhalb der EU (z.B. bei Anrufen von Belgien nach Italien), da der Unterschied zwischen **Roaming-Anrufen** und **Anrufen innerhalb der EU** für viele Verbraucher immer noch verwirrend ist. Die Kosten für Anrufe innerhalb der EU sind derzeit auf 19 Cent pro Minute begrenzt. Die Einigung sieht vor, dass die Kommission dies prüft und bewertet, ob eine weitere **Senkung dieser Obergrenze** erforderlich ist. Wann mit einem Ergebnis zu rechnen ist, bleibt offen.

Quellen: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220321IPR25918/zehn-weitere-jahre-roaming-ohne-zusätzliche-kosten>, <https://www.golem.de/news/smartphone-eu-roaming-regeln-werden-um-zehn-jahre-verlaengert-2204-164403.html>

Kommission diskutiert Wahlrechtsreform für den Bundestag

Wählen ab 16, bessere Repräsentanz von Frauen und kleineres Parlament

Am 28. April 2022 verfolgte ich **im Bundestag** die erste Diskussion von 13 Abgeordneten und 13 Sachverständigen über **Änderungen des Bundeswahlrechts**. Die Sitzung befasste sich mit der **Absenkung des Wahlalters**. Für die Ampelparteien eine klare Sache: Die Absenkung des Wahlalters auf 16 ist ein Gebot der Stunde und eine Stärkung der Demokratie. CDU und CSU zieren sich noch. Da die CDU in Baden-Württemberg der Absenkung des Wahlalters aber bereits zugestimmt hat, dürfte sie im Bund wohl auch zustimmen und so für die notwendige **2/3-Mehrheit** sorgen.

Keine Überraschung bei den eingeladenen Sachverständigen: Die von den Parteien jeweils ausgewählten Experten blieben dabei **brav auf der jeweiligen Parteilinie**.

Bei den nächsten Runden wird es sicherlich ein differenzierteres Meinungsbild geben. Denn die Parteien haben jenseits der Koalitionsdisziplin voraussichtlich unterschiedliche Vorstellungen von Reformen bei der **Repräsentanz von Frauen** und bei **Wegen zur Verkleinerung** des Parlaments. Alle Sitzungen in Berlin im Bundestag können **live verfolgt** werden, da das Gremium überraschenderweise immer **öffentlich tagt**. Auch im Parlamentsfernsehen sind die Sitzungen zu verfolgen.

FDP-Mann **Konstantin Kuhle** verstieg sich in der Diskussion zu einem **Bashing älterer Menschen**: Bei den Wahlen würde es zu viele ältere Jahrgänge geben, da sei es nur angemessen als Ausgleich das Wahlalter zu senken. Bei den Ampel-Vertretern schimmerte die Ansicht durch, **ältere Menschen** würden ausschließlich nur an sich und nicht an die **Zukunft der Gesellschaft** denken.

Die **nächste Sitzung** ist Mitte **Mai**. Bis August soll ein erster Zwischenbericht der Kommission vorgelegt werden.